

Unschlüssigkeit der Demokraten

Liebe Mitmenschen,

den Begriff „*Demokratie*“ haben wir (Newsletter Nr. 40) bereits ganz ausführlich definiert. Aus gegebenem Anlass wollen wir jedoch noch einmal darauf hinweisen, daß der Begriff „*Staat*“ nach Völkerrecht „*Privatrecht*“ bedeutet und eine Staatsangehörigkeit profanes Privatrecht ist, wenn „*Privatrecht*“ und „*öffentliches Recht*“ in einer Person kollidiert.

Das Deutsche Volk [in der Präambel und Art. 1 GG] ist nicht identisch mit dem juristischen Volk der Verbände [in Art. 20 GG], oder den unmündig gehaltenen zwang(s)internierten Staat(s)angehörigen [in Art. 116 GG]. Personen haben einen Ausweis in den "*Staaten*" und müssen sich als Staat(s)angehörige (*Sklave - angehören*) ausweisen. Die Länder der Bundesrepublik sind dem Bonner Grundgesetz nicht beigetreten, sondern behaupten, jeweils ein eigenes Volk zu besitzen. In den Ländern der Bundesrepublik gibt es aber kein eigenes Staat(s)angehörigkeits- und kein eigenes Staat(s)bürgerschaftsgesetz.

Organe ohne ein moralisches Volk von geistig lebendigen Menschen können nicht recht- und handlungsfähig sein, wenn die Rechthinhaber (Menschen) fehlen. Die Bundesländer sind Länder, die ohne Rechttträger keine souveränen Staaten sein und ohne Souverän auch nicht werden können. Die Gebietskörperschaften sind also unechte Gebietskörperschaften mit juristischen Personen nach dem Staat(s)angehörigkeitsgesetz des Bundes, denn der Bund kann nur juristische Personen verwalten. Die sogenannten „*Bundesbürger*“ sind in der Bundesrepublik also juristische Personen [im Rechtsstand vom 31.12.1937 der NS-Ideologie gemäß Art. 116 GG], was der verpflichtenden Ewigkeitsklausel widerspricht [Art. 1 (2), 79 (3), 139 GG]. „*Einwohner*“, „*Kunden*“, „*Verbraucher*“ haben keine Bürgerrechte und sind auch kein moralisches Volk von geistig lebendigen Menschen. *Einwohner* sind *Arbeiter*, juristische Personen. *Einwohner* oder *Bewohner* des Bundesgebietes haben nach dem Meldegesetz eine Hauptwohnung aber keinen Wohnsitz, der [in § 7 BGB] vorgeschrieben ist. Die Landesverfassungen sind nach unseren Analysen (Newsletter Nr. 65) ungültig, wenn das BGB gar nicht anwendbar ist und für das Gesetz keine Rechtbindung besteht. Die juristischen Personen des Bundesverfassung(s)gerichts werden demokratisch vom Bundestag und Bundesrat gewählt. Wenn Demokratie aber gar kein Grundrecht ist, können sie ohne Rechtbindung in Grundrecht(s)fragen keine wirksamen Entscheidungen für Menschen treffen.

Wirksame Petitionen im Grundrecht von Menschen sind wegen Rechtmangel nicht möglich. Das ist die Offenkundigkeit. Privatautonomie, Willkür und Billigkeit ist im Naturrecht und in der Öffentlichkeit verboten. Der Bundestag erklärte in der Petition 4-16-07-4500-045045, daß die Menschenrechtverletzung gesetzlich nicht verboten ist, die von Verbänden juristischer Personen begangen wird. Das ist Terror, denn Recht geht vor Gesetz (Rechtgewährung).

Präambel und Grundrecht bilden eine Hierokratie. Das Grundgesetz ist eine Demokratie, und ohne Rechtbindung eine Scheindemokratie. Die Präliminargrundsätze verbieten in einer Republik der öffentlichen Sache (E(r)den)

- Tarnung und Täuschung durch Aussetzung,
- Scheingeschäfte unter Geheimvorbehalt (Personifikation),
- Veräußerlichkeit der Naturrechte,
- Polizei und Justiz,
- inflationäres Geldsystem,
- Privatautonomie im öffentlichen Recht (Willkür, Billigkeit),
- Lug und Betrug und Scheindemokratie

Scheingeschäfte unter geheimen Vorbehalt zur arglistigen und heimtückischen Tarnung und Täuschung gegen das Recht sind in der Öffentlichkeit gegen Menschen grundrecht(s)- und verfassung(s)widrig verboten. Der Papst hat am 22.09.2011 vor dem Bundestag mit zustimmendem Beifall erklärt, daß Ethos und Recht in der Öffentlichkeit außer Kraft getreten sind. Die Immunitäten der profanen Beamten sind zum 01.09.2013 alle aufgehoben worden, weil Notstand, Notwehr und Selbsthilfe besteht.

Ein einziges Lebewesen in seinen Grundrechten zu missachten bedeutet in Folge, die natürlich freien Rechte und der treue Glaube an das Recht aller Menschen in der Welt zu verletzen und zu schädigen. Der Recht(s)staat garantiert dem Einzelnen effektiven Recht(s)schutz und Recht(s)wegegarantie. Die Bundesrepublik ist weder ein Rechtsstaat, noch hat die Bundesrepublik staatliche oder rechtstaatliche Gerichte.

Die *repräsentative Demokratie* (auch indirekte oder mittelbare Demokratie genannt) bezeichnet eine *Herrschaftsform*, bei der politische Sachentscheidungen und die Kontrolle der Regierung nicht unmittelbar vom Volk, sondern von einer sogenannten Volksvertretung, zum Beispiel dem Parlament, ausgeübt werden. Im 19. Jahrhundert bedeutete die *repräsentative Demokratie* Fortschritt. Heute bleibt sie hinter ihrer Zeit bereits weit zurück, wenn das Wohlbefinden des Einzelnen von sozialen Bedingungen mitbestimmt wird, die wiederum mit politischen Strukturen eng verzahnt sind. Beide Faktoren beeinflussen das *Selbstbild* jedes Einzelnen, folglich auch dessen Einstellung gegenüber seinem Umfeld. Beide Faktoren entscheiden darüber mit, inwieweit man sich und andere bejaht oder verneint.

Der passive Widerstand ist die Waffe der Schwachen. Wenn Unrecht durch Gesetz zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht (ISENSEE, J., Das legalisierte Widerstandsrecht, Seite 41). *"Die Friedenspflicht des Bürgers und das Verbot der Selbsthilfe bestehen aber nur soweit, wie der effektive staatliche Rechtsschutz reicht. Das Selbsthilferecht des Bürgers lebt deshalb in Grenzfällen auf, in denen ausnahmsweise keine gerichtliche Hilfe erreichbar und die vorläufige Hinnahme einer Rechtsverletzung durch Staatsorgane unzumutbar ist."*

Mensch – Glaube Intelligenz Hierokratie	Idee der Personifikation Gedanke der Idee Demokratie	Aberglaube – Ideologie Verkörperung der Idee Demokratie
natürlicher Geist	politische Justiz gesetzte Gewaltdressur von Menschen zur Person	religiöse Verbände Haager Konvention
natürliche Seele	politische Parteien ohne Haftung	politische Verbände Wiener Konvention
natürlicher Körper	politische Gebietsverwaltung	gewerkschaftliche Verbände Genfer Konvention

Die *repräsentative Demokratie* erkennt das Volk **nur verbal** als Souverän des *Staates* an. Tatsächlich behandelt sie es als ihr Eigentum, als ihren Besitz, als **Objekt einer Obrigkeit**. Damit erzeugt sie psychologische und soziale Probleme, die das Wohl der Mehrheit beeinträchtigen. *Selbstbejahung* ist die entscheidende Grundlage *seelischer Gesundheit* jedes

einzelnen Individuum. Ohne unverbrüchliche Wertschätzung der eigenen Subjektivität kann seelische Gesundheit nicht vollständig sein.

Wertschätzung der eigenen Subjektivität heißt hierbei nicht, daß jeder Einzelne von uns nun alles, was man tut oder meint, für absolut rechtens halten kann. Wertschätzung der Subjektivität bezeichnet den eigenen Wesenskern, die eigene weltanschauliche Hypothese, die hinter allen subjektiven Taten, Auffassungen oder Meinungen verborgen liegt, mit dem Wesenskern gleichzusetzen, der eine endgültige Unterscheidung zwischen *wahr* und *unwahr* verbürgt. Da dieser Wesenskern mit dem Kern eines jeden anderen zusammenfällt, bedeutet Wertschätzung der eigenen Subjektivität immer auch Wertschätzung des Anderen. Der Andere wird als ebenbürtig anerkannt.

Je mehr ein politisches System über den Kopf des Einzelnen hinweg entscheidet, desto mehr ignoriert es das Bedürfnis nach *Selbstbestimmung* und greift durch diese politische Entmündigung in psychologische Gesetze ein, deren Beachtung für die seelische Gesundheit unverzichtbar ist.

Der Begriff *Selbstbestimmungsrecht* ist nicht ausdrücklicher Bestandteil einer Rechtsordnung, sondern vielmehr ein Gedanke der Menschenrechte, nach dem jeder Mensch und jede Gruppe demnach das Recht hat, seine eigenen Angelegenheiten frei und ohne die Einmischung von anderen (insbesondere von staatlichen Stellen) zu regeln, soweit sie sich im Einklang mit den anerkannten Regeln der jeweiligen Gemeinschaft befinden. In Deutschland wird dieses Recht durch das Grundgesetz geschützt [Art. 2 Abs. 1 iVm Art 1 Abs. 1 GG].

Jedem Menschen wird darin das Recht auf die „freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ garantiert, „soweit er die Rechte anderer nicht verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“.

Bis ins 17. Jahrhundert bestimmte die Religion des Königs/der regierenden Fürsten automatisch die Religion seiner Untertanen [cuius regio, eius religio]. Im 18. Jahrhundert kam nach vielen Diskussionen über das Recht dann der Gedanke eines allgemeinen, individuellen Recht auf Selbstbestimmung dazu, durch die Trennung von Staat und Kirche auch ein kirchliches Selbstbestimmungsrecht [Art 140 GG iVm Art. 137 Abs. 3 WRV].

Jedes politische System, das den *Wert der Individualität missachtet*, indem es die Ebenbürtigkeit aller einer politisch festgesetzten Rangordnung unterstellt, fördert seelische Erkrankungen. Entscheidend dafür, ob eine politische Ordnung die seelische Gesundheit fördert oder schädigt, ist ihr *Respekt* vor dem *Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen*. Bejaht die politische Ordnung das Recht, ist sie förderlich. Ignoriert sie es, dann schadet sie.

Ein großer Teil des menschlichen Lebens und somit auch seiner Selbstbestimmung findet in sozialen Gemeinschaften statt. Den übergeordneten Rahmen aller übrigen sozialen Strukturen bildet der Staat. Deshalb gehört das *Mitbestimmungsrecht bei der Regelung staatlicher* Belange zum *Selbstbestimmungsrecht* eines jeden Individuum. Es liegt doch auf der Hand, daß jeder, der in einem Umfeld lebt, das ihm kein wesentliches Mitspracherecht bei der Regelung gemeinsamer Belange einräumt, dem Risiko unterliegt, die Botschaft als abwertend zu verinnerlichen. Wird seine Ebenbürtigkeit vom Umfeld verneint, dann identifiziert er sich mit einem Selbstbild, das seinen Wert nicht bejaht. Begegnet der Einzelne im Alltag mehrheitlich Menschen, deren Eigenwert durch die soziale Hierarchie ebenso verneint wird wie der eigene, dann wird er Individuen generell nicht als vollwertig betrachten, was respektlosen Umgang

untereinander zur Folge haben wird. Die geringste Unwahrheit verdirbt auf Dauer den Menschen und die Menschheit. Das Unrecht breitet sich in Form von Unruhen aus. Auch eine demokratische Gewaltherrschaft endet immer im Schwachsinn und Ruin, wenn die Recht(s)aufsicht durch die Macht als Systemmangel nicht(ig) praktiziert wird.

Wer die Gesellschaft aus einem Gefühl der Minderwertigkeit und Ohnmacht heraus betrachtet, neigt entweder dazu, „Die-da-oben“ zu verklären, zu verherrlichen, oder sie zur Abwehr eigener Selbstwertzweifel abzuwerten. Oft geschieht instinktiv beides gleichzeitig, indem er die einen verherrlicht und die anderen abwertet, oder seine Verklärung an die Illusion knüpft, von „Denen-da-oben“ gehe eine ganz persönliche Wertschätzung aus. Sobald die Illusion als solche erkannt wird, kippt die Verklärung jedoch wieder in Abwertung um. Den Wert sozialer Ränge kann nur jemand überschätzen, der sein *Selbst* für ungenügend hält, im Großen möglicherweise durch exponierte berufliche Positionen, im Kleinen wird Mangel an Selbstwert nicht selten durch Hubraum und PS nachgebessert. Die Eroberung einer exponierten Rangstellung, der den Selbstwertzweifel zu heilen verspricht, wird zu einer überwertigen Zielsetzung mit der Auffassung... *„Ich bin nicht irgendwer von denen, die niemand wirklich nach der Meinung fragt, sondern ich bin diese spezielle Person, die durch dieses oder jenes Merkmal zu etwas Besonderem geworden ist“*... Mit der Bereitschaft, sich dem Ziel zu unterstellen, das fehlende Selbstwertgefühl durch Rang zu sichern, schürt man Selbstwertzweifel durch den Versuch, sie zu beheben.

Die Stimme des Einzelnen hat sowohl in der echten Demokratie als auch in der repräsentativen kaum Bedeutung. Es gibt aber einen Unterschied: In der echten Demokratie geht die Stimme des Einzelnen *in der Vielzahl Gleichwertiger auf*, während sie in der repräsentativen an einem Rangunterschied abprallt. Der Bundestag hatte im Jahre 2013 beispielsweise 631 Sitze. Wenn auf Bundesebene also einer von 130000 abstimmen, also mitbestimmen durfte, dann war es für Lobbyisten doch relativ leicht, im Auftrag partieller Interessen Einfluss auf einen von 130000 zu nehmen. Hätte jeder ein Mitspracherecht, wäre der Aufwand für Lobbyisten doch ungleich größer, wenn das alles nur öffentlich vonstattengehen könnte. Wer partielle Interessen an der Mehrheit vorbeilotsen will, wird gegen direkte Demokratie sicherlich auch dann weiterhin Einwände haben, wenn der Bundestag inzwischen erheblich über seine Mindestgröße von 598 Sitzen hinausgeschossen ist und künftig 709 Abgeordnete haben wird, nachdem durch Überhangmandate 111 zusätzliche Sitze vergeben wurden, um die Ergebnisse in den Ländern mit dem bundesweiten Parteienproporz in Einklang zu bringen. Künftig wird dann also auf Bundesebene einer von 146000 abstimmen dürfen?

Wir haben bei unseren Analysen festgestellt, daß die Geschichte eine Vielzahl politischer Systeme als Mischformen hervorgebracht hat, zumeist mit zwei gegensätzlichen Prinzipien, wobei sich gegensätzliche Herrschaftsprinzipien darin unterscheiden, wie viele Personen befugt sind, politische Entscheidungen zu treffen. Barbarei hat immer nur zwei Gesichter: Die Herrschaft Einzelner über viele und die Herrschaft der Vielen über den Einzelnen.

Herrschaftsprinzipien:	
hierarchisch / autoritär	demokratisch / gleichberechtigt
Einer entscheidet	Alle entscheiden
Absolute Monarchie / Führerdiktatur	Direkte Demokratie

Alle politischen Systeme können zwischen diesen Polen eingeordnet werden. Die Entscheidungsbefugnis im Sinne des "letzten Wortes" liegt in autoritär-hierarchischen

Systemen entweder in der Hand einer Person oder in der einer Gruppe, die sich zwecks Machterhalt gegen den Rest der Gemeinschaft verbündet.

Die *repräsentative Demokratie* ist keineswegs so autoritär wie ein diktatorisches System und erweist sich bei näherer Betrachtung als Zwischenform, auch wenn in einer repräsentativen Demokratie nur ein winziger Bruchteil der Bevölkerung das Recht hat, bei politischen Fragen tatsächlich mitzuentcheiden. Aber wenn der Mehrheit lediglich zugestanden wird, zu entscheiden, wer an ihrer Stelle entscheidet, kann das nicht als demokratisch im Wortsinn bezeichnet werden, wenn man bei der Wahl von Repräsentanten nach der Stimmabgabe nur noch eine Stimme hat, die völlig wirkungslos verhallt. Das Kernmotiv der Demokratie ist das Mitbestimmungsrecht des Einzelnen. Je mehr Mitbestimmungsrecht ein System dem Einzelnen vorenthält, umso weniger wird es dem Begriff *Demokratie* gerecht.

Es heißt: Deutschland sei eine Demokratie, was viele auch glauben. Tatsächlich stimmt es nicht. Wir wollen noch einmal wiederholen: Demokratie ist ein politisches Prinzip, das zwischen den Interessen aller Mitglieder einer Gemeinschaft so vermittelt, daß die *Ebenbürtigkeit* der Individuen dabei respektiert wird. *Demokratie* heißt *Volksherrschaft*; von griechisch: *demos* (*δημος*) = *Volk* und *kratein* (*κρατειν*) = *herrschen*. Grundprinzip jeder Volksherrschaft ist die rechtliche Gleichheit aller Individuen, aus denen sich das Volk zusammensetzt.

In einer Demokratie ist das Volk Souverän des Staates. Als Souverän stimmt das Volk über politische Sachfragen ab. Da jedes Individuum das gleiche Stimmrecht hat, wird die Ebenbürtigkeit der Individuen beachtet. Eine Abwertung durch asymmetrische politische Strukturen kommt nicht zustande. In der Demokratie sind Politiker und Parteien dem Volk unterstellt. Aufgabe demokratischer Politiker ist es, alternative Gesetzentwürfe zu verfassen, die sie dem Volk zur Entscheidung vorlegen. In der Demokratie beschäftigen sich Politiker nicht nur mit dem, was sie selbst für wichtig halten. Vielmehr gibt es Wahlverfahren, durch die das Volk der Politik Aufträge verbindlich zuweisen kann.

Demokratische Wahlen und ihre Bedeutung	
Worüber wird abgestimmt?	Bedeutung
Gesetzesvorlagen der Politiker	Das Volk entscheidet in Sachfragen, was es für richtig hält
Probleme, die zur Klärung zu bearbeiten sind	Das Volk als Souverän seiner selbst ist politisch aktiv. Es wird nicht regiert. Es regiert sich selbst
Inhaber politischer Ämter	Über die Besetzung politischer Ämter entscheiden nicht die Parteien, sondern das Volk
Parteien	In der Demokratie ist die Wahl von Parteien zweitrangig
Zweierlei Wahlen der echten Demokratie	
1. Das Volk wählt, was zu regeln ist.	
2. Das Volk wählt, wie es geregelt wird.	

Beauftragt das Volk die Politik, die Mehrwertsteuer neu zu regeln oder abzuschaffen, dann sind dem Volk in einem festgelegten Zeitraum Gesetzentwürfe zur Entscheidung vorzulegen. Im Parteiensystem knüpfen jedoch die Großhändler die Fresspakete. Äpfel bekommt also nur,

wer auch Leberwurst nimmt. Direkte Demokratie ist freier Markt. Jeder packt in seinen Korb, was er kaufen will.

Parteien spielen auch in der Demokratie eine Rolle. Als Vertreter gesellschaftlicher Flügel betonen sie in den Parlamenten mehrheitsfähige Positionen. Da in der Volksherrschaft aber nicht wechselnde Parteien herrschen, *sondern immer nur das eine Volk*, treten parteipolitische Prozesse in den Hintergrund. Die Besetzung politischer Ämter hängt in der Demokratie nicht von der Mitgliedschaft in Parteien ab. Sie wird durch fachliche Qualifikation und Verdienste bestimmt. Wem das Volk vertraut, kann unabhängig vom Wahlerfolg seiner Partei dauerhaft in seinem Amt bleiben. Als einziges politisches System setzt die direkte Demokratie dem Einzelnen weder seinem Bedürfnis nach Zugehörigkeit, noch dem nach Selbstbestimmung grundsätzliche Hürden entgegen.

In der repräsentativen Demokratie ist der Wähler auf die Fresspakete einiger weniger Großhändler angewiesen. Dank der Fünf-Prozent-Hürde bekommt er für seine Stimme im Tante-Emma-Laden gar nichts. Das fördert das Geschäft der Großhändler, führt aber dazu, daß der Wähler keine Möglichkeit hat, an der Urne nicht auch gegen seine Interessen zu handeln. Wählt er eine Partei, ist er gezwungen, auch für Positionen zu stimmen, die er für falsch hält. So schließt repräsentative Demokratie Menschen entweder ganz von politischen Entscheidungen aus oder nötigt sie, dem eigenen Verstand zu widersprechen.

Je ohnmächtiger man sich fühlt und je mehr man gleichzeitig glaubt, die Welt beeinflussen zu müssen, desto radikaler werden die Positionen, die gegen Gehörlosigkeit formuliert werden. Radikalität wird als Kraft empfunden, die zur Beeinflussung der Welt aufgewendet wird. Nur selten ist es aber eine Kraft, deren Einfluss Gutes tut. Ein Staat, der Radikalität verhindern will, ist gut beraten, den Menschen überflüssige Bevormundung zu ersparen.

Der Ausschluss durch Wahlverzicht ist ein Verstoß gegen die Zugehörigkeit. Das Mitmachen gegen den eigenen Verstand vergewaltigt das Selbstbestimmungsrecht. Dem Verstand zu widersprechen, fördert Irrationalität. Das Selbstbestimmungsrecht zu missachten, schürt Hass. Der Fremdbestimmungsanspruch der repräsentativen Demokratie treibt Entmündigte umso mehr in die Radikalität, je mehr sie regulierend eingreift. Die repräsentative Demokratie, die uns heute regiert, ist nur im Ansatz demokratisch. Anstatt die Mehrheit über Sachfragen durch Abstimmungen entscheidet, wird ihr lediglich zugestanden, darüber zu entscheiden, welche Partei sie in Zukunft bevormunden wird. Die Macht des Volkes wird durch die Macht von Lobbyisten ersetzt.

Im Herrschaftssystem der "Lobbykratie" sind verschiedene Ebenen des Lobbyismus miteinander verzahnt, denn der Parteipolitiker spricht sich mit Lobbyisten verschiedener Interessengruppen nicht nur ab, er selbst ist Lobbyist seiner Wähler. Allerdings vertritt er auch deren Interessen nur mit gebrochener Treue, wenn er einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit auf das eigene Fortkommen verwendet. Die Wahrung gemeinschaftlicher Interessen wird durch die persönlichen Interessen ihrer vermeintlichen Bewahrer gefährdet.

Der Begriff *repräsentative Demokratie* verschleiert nicht nur, was tatsächlich geschieht, er unterstellt, daß ein Herrscher sich in Sachen Herrschaft vertreten lassen kann. Das ist völlig widersinnig, denn niemand herrscht, wenn er die Herrschaft an andere abtritt.

In der repräsentativen Demokratie gibt der Einzelne bei den Wahlen tatsächlich seine Stimme ab. Mit der Stimmabgabe stimmt er seiner politischen Entmündigung zu. Herrschaft übt das Volk nach der Wahl nicht mehr aus. Vielmehr wird es von oben herab regiert. Die repräsentative Demokratie erfüllt das wesentliche Kriterium des Begriffs *Demokratie* damit nicht.

Während echte Demokratie jeden Einzelnen vollgültig zur Teilnahme an der Gemeinschaft einlädt und damit die Tür zur Zugehörigkeit ebenso offenhält wie die zur Selbstbestimmung, entmündigt Parteienherrschaft die Mehrheit des Volkes in politischen Fragen. Damit bedingt sie ein gesellschaftliches Klima latenter Entwertung und chronischer Unzufriedenheit. Viele haben das Gefühl, daß sie von denen da oben gar nicht ernst genommen werden, daß man zwar nicht vor ihnen zu Kreuze kriechen muss, aber lediglich als „Kreuze - Macher“ betrachtet wird.

Der Begriff *Partei* geht auf das lateinische *pars* = *Teil* zurück. Parteien repräsentieren Teile des Volkes, nicht aber das Volk als Ganzes. Die Herrschaft einer Partei ist niemals eine Herrschaft des Volkes. Das Volk ist eine plurale Ganzheit. Auch bei seinen Entscheidungen werden Sichtweisen überstimmt. Trotzdem trifft das Volk in einer echten Demokratie wichtige Entscheidungen stets als Ganzes. Jedes System, das die Entscheidungsmacht aller Individuen, aus denen das Volk besteht, durch eine Herrschaft bestimmter Teile der Gesellschaft über alle anderen Teile untergräbt, ist ein Faktor, der soziale Spannungen schürt. Die repräsentative Demokratie zwingt Politiker in ein tief gestaffeltes System von Korruption, Kalkül und Kungelei. Für persönliche Karrieren werden Entscheidungen getroffen, die von späteren Generationen zu bezahlen sind. Immer mehr Menschen werden in diesem System von der Idee einer solidarischen Gemeinschaft entfremdet. Eine öffentliche Ordnung, die parteiliche Interessen betont, schwört den Zeitgeist auf egozentrisches Konkurrenzdenken ein. Mehr als er es sowieso schon ist, wird jeder zur Partei der eigenen Person.

Trüge unsere Staatsform den Titel *Demokratie* zurecht, dann wäre auch eine Verfassung demokratisch, die es dem Volk erlaubt, einen Führer zu wählen, der auf Lebenszeit sämtliche Entscheidungen trifft. Ein solcher Führer wäre durch die Wahl doch ebenfalls ein gewählter Repräsentant des Volkes. Oder etwa nicht?

Die Parteienherrschaft erfindet künstliche Grenzen. Anstatt die spontane Pluralität der Sichtweisen gewähren zu lassen, fördert sie die Spaltung des Volkes in rivalisierende Lager. Je vielschichtiger der Einzelne denkt, umso weniger kann er sich widerspruchlos mit den Zielen einer Partei identifizieren. Wer für eine Partei stimmt, weil er einige Programmpunkte bejaht, muss Parteiziele befürworten, deren Sinn er verneint? Wer gegen deutsche Truppen in Afghanistan stimmt, wird unversehens zu einem Gefolgsmann von Karl Marx herabgesetzt? Wer die Macht des Islam für bedenklich erklärt, sitzt ganz automatisch mit Deutschnationalen in einem Boot? Die repräsentative Demokratie führt zu absurden Koalitionen. Wer die Meinungen des Volkes aufgreift, wird von den übrigen Demokraten prompt als *Populist* beschimpft? Das zeigt, wie sehr repräsentative Demokraten ihr Volk von oben herab betrachten. *Populist* bezieht sich auf lateinisch *populus* = *Volk*. Wer über das, was das Volk tatsächlich denkt, die Nase rümpft, ist ein fragwürdiger Demokrat auch dann, wenn die wahren Absichten so manches Populisten gewiss noch fragwürdiger sein könnten.

Je differenzierter man über politische Fragen denkt, desto schwerer kann man sich in die Strukturen einer repräsentativen Demokratie einfügen. Die Strukturen der repräsentativen Demokratie fördern aus ihrer Eigendynamik heraus eine Entdifferenzierung des politischen Denkens. Die Herrschaft der Parteien verdummt die Menschen aktiv, indem sie

parteikonformen Sichtweisen ständige Medienpräsenz verschafft. Parteikonforme Sichtweisen sind die kleinsten gemeinsamen Nenner der jeweiligen Partei. Sie sind regelhaft vereinfachend, da differenzierte Betrachtungen die Bildung kleinster Nenner erschwert. In der repräsentativen Demokratie sind Politiker gezwungen, einen großen Teil ihrer Kraft auf innerparteiliche und zwischenparteiliche Machtkämpfe zu konzentrieren. Oft bleibt nur wenig Raum, um sich um Sachfragen zu kümmern. Der ständige Kampf um Positionen im Parteiensystem bevorzugt Persönlichkeiten, deren Begabung im Bereich von Machtkämpfen, Intrigen und Seilschaften liegt. Nur selten haben solche Persönlichkeiten den größten Sachverstand. Das Vermögen, in Sachfragen opportunistisch zu sein, ohne daß Gewissensbisse plagen, ist eine Mitgift auf dem Weg nach oben.

Da die Meinung des Volkes nur soweit zählt, wie es gilt, der eigenen Partei bei den Wahlen Sitze zu sichern, verliert der Abgeordnete das Interesse an dem, was das Volk in der Zwischenzeit will. Er richtet seine Entscheidungen an den Interessen derer aus, denen er tatsächlich begegnet: Lobbyisten und den Repräsentanten anderer Staaten. Die repräsentative Demokratie verweht die persönlichen Interessen der Volksvertreter mit notwendigen Entscheidungen der Gemeinschaft. Der Begriff *Volksvertreter* ist bereits irreführend. Tatsächlich gibt es im Parteiensystem keine Volksvertreter, sondern Vertreter rivalisierender Gruppen. Der Abgeordnete ist formal zwar frei, nach bestem Wissen zu entscheiden, oft aber nur zum Preis, daß er dadurch seinen Arbeitsplatz riskiert. Da der Arbeitsplatz des Politikers ständig durch Wahlerfolge seiner Partei gesichert werden muss, werden in der repräsentativen Demokratie Unsummen in den Kauf von Wählerstimmen investiert. Statt beim Geldausgeben das Gemeinwohl ungetrübt im Blick zu halten, verführt das System dazu, zum Nachteil der Gemeinschaft eigene Wählerschichten zu bestechen.

Das Volk begegnet Lobbyisten nicht. Stattdessen begegnet es der eigenen Realität. Aus deren Kenntnis heraus kann es besser als ein entrückter Abgeordneter entscheiden, was wirklich ansteht. Der Begriff *Abgeordneter* benennt ein wesentliches Problem der repräsentativen Demokratie. *Ab* heißt *weg*. Der *Ab-geordnete* verlässt die Lebenswelt derer, die er anderswo vertritt. So verliert er den Kontakt zur Realität. Wer Berufspolitikern zu viel Entscheidungsbefugnis einräumt, lässt Personen über Sachfragen bestimmen, die der Konfrontation damit enthoben sind.

Innerhalb ihrer Partei stehen Politiker unter hohem Druck. Stets müssen sie ihre Sichtweisen der Parteilinie anpassen. Wer authentisch ist und kompromisslos zu dem steht, was er tatsächlich denkt, wird eher zum Außenseiter. Im Kontakt mit dem politischen Gegner findet man das Gegenteil. Hier wird Kompromissunfähigkeit zur Regel. Zu beobachten ist das Phänomen bei Diskussionsrunden im TV. Echte Kommunikation (lateinisch *communicare* = *gemeinschaftlich tun, mitteilen*) findet dort nicht statt. Anstatt zu versuchen, die Sichtweise des Gegners zu verstehen und einen Mittelweg zu finden, betreibt man *Diskussion*. Der Begriff entspringt dem lateinischen Verb *discutere* = *zerschlagen, zerlegen*. *Discutere* geht seinerseits auf *quatere* = *schütteln, stoßen, beschädigen* zurück.

Bei der Diskussion wird nicht zugehört, sondern auf ein passendes Stichwort gewartet, um die eigene Sichtweise als einzig richtig darzustellen und die Sichtweisen des Gegners als wertlos vom Tisch zu fegen. Zwischen dem innerparteilichen Druck zur Konformität und der mangelnden Kompromissfähigkeit nach außen besteht eine kausale Wechselwirkung, die politisch und psychologisch begründet ist.

- Der **politische Grund** liegt im Machtkampf der politischen Lager. Für den Wahlsieg scheint es nützlich, innerparteilich mehr Einigkeit vorzutäuschen, als tatsächlich besteht und sich im Umgang mit anderen Sichtweisen durch abgrenzende Rechthaberei zu profilieren.
- Der **psychologische Grund** liegt in der innerseelischen Dynamik des psychologischen Grundkonflikts. Die Aggression, die durch den Konformitätsdruck parteiintern entsteht, wird durch Abwertung des Gegners nach außen abgeführt.

Die Unfähigkeit des Parteiensystems, Antworten auf drängende Fragen zu finden, erzeugt ein Gefühl der Bedrohung. Menschen reagieren darauf mit Angst, Wut und Resignation. Das Problem kann durch die Einführung demokratischer Verhältnisse gelöst werden.

Deutschland hat keine demokratisch legitimierte Regierung. Das geltende Grundgesetz wurde nicht vom Volk beschlossen - also demokratisch -, sondern vom *Parlamentarischen Rat*. Dieser bestand aus Mitgliedern 1949 bereits etablierter Parteien. Das von diesen Interessengruppen erlassene Grundgesetz schließt demokratische Willensäußerungen des Volkes weitgehend aus. Vorgesehen ist ein Volksentscheid eigentlich nur für den Fall einer Neuaufteilung der Bundesländer. Stattdessen legt es jene Machtstrukturen fest, aus denen heraus es entstand. Es ist darauf zugeschnitten, die Macht der Parteien zu garantieren.

Volksentscheide oder Bürgerbegehren sind in den Landesverfassungen vorgesehen. Ihre politische Wirksamkeit ist jedoch entscheidend beschnitten. Zum einen gibt es für die Initiatoren eines Volksentscheids erhebliche organisatorische, bürokratische und finanzielle Hürden. Zum anderen sind Volksentscheide über wirklich wichtige Themen gar nicht zulässig. So darf ein Volksentscheid nicht das Grundgesetz selbst infrage stellen, und damit genau jene Ordnung, die den Parteien das alleinige Beschlussrecht über alle wichtigen Fragen des Staates zuweist.

Wie unbedeutend die Sichtweisen des Volkes für die derzeitige Grundordnung sind, zeigt die Auswirkung der Wahlbeteiligung auf die Besetzung der Parlamente. Ob das Volk wählt oder nicht, hat keine Bedeutung. Für ein gültiges Wahlergebnis reicht es aus, wenn sich die Abgeordneten selber wählen. Auch wenn niemand sonst den Kandidaten das Vertrauen ausspricht, kann das Volk sie nicht daran hindern, alle verfügbaren Sitze in den Parlamenten mit sich selbst zu besetzen. Das Grundgesetz ist so konzipiert, daß es für zukünftige Generationen nur schwer zu verändern ist. Dadurch liegt die Gegenwart im Korsett vergangener Sichtweisen. Das ist antidemokratisch. Das gegenwärtig existierende Volk wird durch Verstorbene fremdbestimmt. Die Befürworter der repräsentativen Demokratie begründen ihren Widerstand gegen eine echte Demokratisierung mit der Sorge, ein sich selbst bestimmendes Volk wähle Diktatur, Krieg und Barbarei. Sie verweisen auf das Dritte Reich, übersehen dabei jedoch Entscheidendes:

- Die repräsentative Demokratie verweigert dem Volk echtes Mitspracherecht. Sie ermutigt es damit nicht zur Verantwortlichkeit. Die Gefahr, daß sich als Folge der Entmündigung des Einzelnen eine Wut zusammenbraut, die radikale Positionen an die Hebel der Macht versetzt, ist in der repräsentativen Demokratie größer als in der direkten. Wir wissen, daß genau das bereits geschehen ist.

- Das Dritte Reich ist nicht aus einer echten Demokratie heraus entstanden, sondern aus einer repräsentativen. Die Ermächtigung erfolgte nicht durch das Volk, sondern durch Parteien. Durch ein System, in dem das Volk über wichtige Fragen selbst entscheidet, wird die Vorbereitung eines Krieges ebenso erschwert wie die Abschaffung von Freiheitsrechten oder die Planung eines Völkermords, weil beides überhaupt erst nach öffentlicher Diskussion und Volksentscheid betrieben werden könnte.

So grundlegend Bürger- und Menschenrechte auch sind, sie sind nicht zwingend demokratisch. Auch eine Diktatur könnte diese Rechte gewähren, wenn sie auf dem staatlichen Gewaltmonopol beharrt und es keine juristischen Mittel gibt, den Diktator friedlich zu stürzen. Wie man weiß, ist der Respekt vor den Menschenrechten aber umso größer, je demokratischer es zugeht. Ein gesellschaftliches Klima, das die seelische Gesundheit der Menschen fördert, ist ohne Garantie der individuellen Grundrechte nicht denkbar. Zu diesen Rechten zählen:

- Unversehrtheit des Leibes
- Meinungs-, Presse- und Redefreiheit
- Versammlungsfreiheit
- Reisefreiheit
- Schutz des Privateigentums

Obwohl diese Rechte per Volksentscheid abgeschafft werden könnten, gibt es nur wenig Grund zur Sorge, daß dies in einer echten Demokratie wahrscheinlicher ist als in einer repräsentativen. In einer repräsentativen Demokratie braucht das Volk nur rechts- oder linksradikal zu wählen. Schon sind die Grundrechte in Gefahr. Auch in einer echten Demokratie könnte man die Grundrechte durch eine 2/3-Hürde vor übereilten Entscheidungen schützen.

Radikale Sichtweisen sind Frühindikatoren gesellschaftlicher Probleme. Es ist klug, sie ernst zu nehmen. Auch ihnen liegt ein wahrer Kern zu Grunde. Auch wenn sie möglicherweise perspektivisch verzerrt sein mögen und in ihrer Verzerrung gefährlich erscheinen, macht es Sinn herauszuhören, welches tatsächliche Problem die Radikalität zurecht benennt. Nur dumme Menschen meinen, daß der politische Gegner völlig im Unrecht ist.

Das häufigste Argument gegen die Einführung direkter Demokratie ist die Sorge, das Volk werde Demagogen folgen, gäbe man ihm das Recht, politisch über sich zu entscheiden. Nur die repräsentative Demokratie könne uns davor bewahren, daß das Volk in seiner Blindheit das Böse an die Macht versetzt. Daß die Blindheit bei den Verfechtern der repräsentativen Demokratie liegt, ist offensichtlich, denn bei manchen ist man versucht zu sagen: die zum eigenen Vorteil selbst gewählte Blindheit. Hitler wurde keinesfalls direkt demokratisch gewählt. Sein Aufstieg erfolgte in einer repräsentativen Demokratie, also in genau demselben System, das sich heute brüstet, es schütze uns vor dem, was es selbst hervorgebracht hat.

Demagogie (griechisch) geht auf *demos* (δημος) = Volk und *agein* (αγειν) = führen zurück. Der Begriff bezeichnet das Bestreben, das Volk davon abzuhalten, politisch für sich selbst zu stehen und sich stattdessen Führern anzuvertrauen. Erfolgreiche Demagogen sitzen heute im Parteivorstand und warnen das Volk vor sich selbst. *Haltet den Dieb!* ruft der Dieb und zeigt in die Menge der Bestohlenen. Dabei weiß jeder, der die Geschichte kennt, daß sich kaum ein Land je so wenig politisch verirrt hat, wie die einzige Demokratie, die in Europa diesen Titel tatsächlich verdient: Die Schweiz.

Zum Spektrum politischer Ausrichtungen gehört ein polares Gegensatzpaar: Rechts- und Linksradikalität. Politische Ansichten werden in großem Maße durch psychologische Faktoren bedingt. Das trifft bei radikalen Positionen ebenso wie bei gemäßigten zu. Die Hoffnung der Linken ruht auf einer nährenden Mutter, die der Rechten auf einem schützenden Vater. Der Rechte will auf keinen Fall bevormundet werden. Der Linke will auf keinen Fall verloren gehen. An den politischen Rändern gehen die Motive ineinander über.

Eine wesentliche psychologische Grundlage des Gegensatzes zwischen Rechts- und Linksradikalität besteht in der Position der Beteiligten im Spannungsfeld des psychologischen Grundkonflikts, der sich aus den Bedürfnissen nach Zugehörigkeit und Selbstbestimmung zusammensetzt, die einander widersprechen. Der Konflikt, der daraus entsteht, ist ein Grundthema des menschlichen Daseins. Er verästelt sich in sämtliche Bereiche zwischenmenschlicher Beziehungen: Also auch in die politischen Sichtweisen jedes Einzelnen.

- Der **Rechtsradikale** sträubt sich gegen Fremdbestimmung. Deshalb richtet sich seine Aggression gegen Andersartige. Durch deren Anderssein fühlt er sich in der eigenen Identität bedroht. Das Anderssein anderer könnte eine Macht entfalten, die ihm das Beibehalten seines Soseins unmöglich macht. Historische Beispiele für die politischen Folgen einer solchen Dynamik gibt es viele. Man denke an den Untergang der indianischen Kulturen durch die Invasion der Europäer, an die Zerstörung der byzantinischen Kultur durch den Islam, den Völkermord der Türken an den Armeniern, die Zurückdrängung der keltischen Kultur durch die Angelsachsen, die Enteignung der Aborigines durch die Briten oder an die Vernichtung der kanaanitischen Kultur durch die Invasion der Israeliten.

Da sich der Rechtsradikale auf sich allein gestellt kaum je gegen Fremdbestimmung schützen kann, schließt er sich einer Kampfgemeinschaft mit gleicher Gesinnung an. Das bewirkt zweierlei Effekte: Im Schoß der Gemeinschaft findet er Zugehörigkeit. Er gibt Selbstbestimmung auf, weil die Gemeinschaft Unterordnung fordert. Der erste Effekt erfüllt das gegenläufige Bedürfnis zur Forderung nach Selbstbestimmung. Der zweite untergräbt sie. Das führt im Sinne eines Teufelskreises zu einer verstärkten Angst vor Fremdbestimmung und verstärkter Projektion auf Andersartige.

- Der **Linksradikale** fürchtet sich davor, in der Unzugehörigkeit verloren zu gehen. Deshalb wünscht er sich einen Mutterstaat, der es niemandem erlaubt, sich von der bergenden Gemeinschaft abzusetzen. Die Selbstbestimmung anderer erlebt er als Gefahr, die durch den Kult des Kollektivs und der Linientreue abzuwenden ist. Im Konzept der sozialistischen Internationale erobert das Zugehörigkeitsbedürfnis der Linken über nationale Grenzen hinweg die ganze Welt. Überall sollen die gleichen Bedingungen herrschen.

Das gegenläufige Bedürfnis zur Zugehörigkeit, die Selbstbestimmung, macht sich im linken Spektrum nur solange bemerkbar, wie die linke Diktatur noch nicht verwirklicht ist. Bis dahin streitet die Linke über theoretische Details, was weniger im sachlich Notwendigen begründet ist, als vielmehr in einem Beharren auf persönlichen Meinungen, das das Bedürfnis nach Selbstbestimmung trotzig zum Ausdruck bringt.

Gegensätzliche psychologische Bedürfnisse	
Der Rechtsradikale...	Der Linksradikele...
betont Selbstbestimmung. <i>Wir sollten wir selbst bleiben.</i>	betont Zugehörigkeit. <i>Wir sollten alle zusammenhalten.</i>
fürchtet sich, fremdbestimmt zu werden.	fürchtet, allein auf sich gestellt, verloren zu gehen.
wünscht sich einen mächtigen Vater, der ihn gegen Fremdbestimmung verteidigt.	sieht die Gesellschaft als nährenden Mutter, die ihn umfassend versorgt.
findet Zugehörigkeit, indem er sich einer Gemeinschaft anschließt, der er gehorcht.	sucht Selbstbestimmung, indem er im Schoß der Gemeinschaft auf Eigenständigkeit pocht.

Politische Radikalismen benennen zwei Themen, die von psychologischer und sozialer Bedeutung sind. Daß den Themen durch die Radikalität, mit der sie vorgetragen werden, eine übertriebene Bedeutung zugesprochen wird, deren Einseitigkeit auszugleichen ist, macht die Benennung der Themen nicht falsch. Viele werten das Anliegen der einen oder anderen Radikalität als reine Verirrung oder blanke Bosheit ab. Dabei wäre es besser, sich von der Illusion zu befreien, nur man selbst sei in der Lage, Probleme zu erkennen. Besser gäbe man den Glauben auf, daß jeder, der auf Probleme hinweist, die man selbst nicht sieht, ein bloßer Dummkopf ist. Denn...

- Es macht Sinn, das Innere gegen willkürliche Einflüsse von außen zu schützen, denn Einflüsse von außen sind nicht per se bereits gut, weil die Abwehr derselben in Bosheit umschlagen kann.
- Es macht Sinn, niemanden aus der Gemeinschaft auszugrenzen, bloß weil er aus eigener Kraft nicht mithalten kann.

Eine besondere Thematik politischer Radikalität ist der Rassismus. Obwohl keineswegs jede rechte Gesinnung rassistisch ist, ist seine Zuordnung zum rechten Spektrum folgerichtig. Während die radikal linke Vorstellung ihr Zugehörigkeitsbestreben in die Utopie einer Internationalen investiert und meint, Brüderlichkeit sei das zukünftige Produkt von Befehlen, die eine selbsternannte Avantgarde formbaren Massen erteilt, sucht der Rassist die Absicherung seines Selbstwertgefühls durch den Hinweis auf seine Zugehörigkeit zum ausgrenzenden Horizont einer ethnisch definierten Gruppe. Der Rassist behauptet, daß sich die Gruppe, der er angehört, durch überlegene biologische Merkmale über andere Gruppen erhebt. Der Rückgriff auf biologische Merkmale zur Absicherung seines Selbstwertgefühls ist jedoch von vorn herein zum Scheitern verurteilt, weil sich der Rassist durch seine Argumentation selbst vom Individuum *zum Exemplar einer Spezies herabsetzt*.

Da der besondere Wert des Menschen, im Gegensatz zum Wert des bloßen Tiers, in seiner Individualität zum Ausdruck kommt, ist seine Herabsetzung zum Exemplar einer Spezies nicht nur kategorisch inhuman, sie verfehlt auch, worin menschlicher Selbstwert überhaupt verankert werden kann. Die Herabsetzung des Individuums zum Exemplar ist zugleich Folge einer schweren Selbstwertstörung als auch deren Ursache. Rassismus führt daher nie zu seelischer Gesundheit auf der Grundlage eines eigenständigen Selbstwertgefühls, sondern zu fortgesetzter Selbstkränkung, deren Schmerz im nächsten Schritt anderen angelastet wird. Rassismus ist ein Teufelskreis des pathologischen Narzissmus. Er *entwürdigt* den, der ihn zur Bestätigung seiner Würde propagiert. *Seele* verweist auf die Zugehörigkeit des Teils zum Ganzen. Sie symbolisiert die Ebenbürtigkeit aller aus dem Fundus des absoluten Selbst. Da der Rassist andere kategorisch ausschließt, verstößt er gegen die tiefste Ebene seiner selbst. Einen seelisch gesunden Rassisten

kann es daher nicht geben. Ungestört in sich selbst verankert sein kann der Mensch nur, wenn er alle rassistischen Vorstellungen aufgibt.

Während sich Religion und Spiritualität *mit dem Verhältnis des Einzelnen zur Wahrheit* befassen, befasst sich Politik mit dem Verhältnis Einzelner zueinander.

Politische Organisationen sind Bündnisse *Einzelner*. Ihr Ziel ist die Beschaffung und Sicherung innerweltlicher Vorteile in bewusster Abgrenzung gegenüber anderen.

Religion ist vertikal, Politik horizontal. Beides sind verschiedene Kategorien!

Religion ist eine ernste Sache. Sie ist weder Rollenspiel noch Maskenball. Sie ist auch keine Ausrichtung von Massen nach dem Taktstock Einzelner. Religion versucht das Bedingte an das Unbedingte zu erinnern. Was sich als **politische** Religion bezeichnet, hört damit auf, religiös zu sein. Direkte Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die *beide* Kategorien stimmig verbindet. Direkte Demokratie respektiert das Subjekt als Entscheidungsträger. Sie öffnet damit das Tor, durch das die Gewissensentscheidung des Einzelnen unmittelbar ins politische Leben eingreifen kann. Und auch dann, wenn es nicht gleich ums *Gewissen* geht, kann man in jeder Frage für sich entscheiden, ohne daß man sich damit für andere Fragen entmündigt.

Da sich politische Organisationen um Machterwerb und Machterhalt bemühen, neigten sie von je her dazu, Machtansprüche als göttlichen Auftrag auszugeben. Obwohl schon die ägyptische Theologie den *Monotheismus* erfand, gelang es erst Moses, die Idee vom *einen* Gott in dauerhafte politische Vorteile umzusetzen. Da Monotheismus totalitären Machtinteressen grundsätzlich im Wege steht, hat Moses statt echtem Monotheismus einen politischen Bekenntniskult verkündet.

Politische Religionen errichten hierarchische Systeme. Sie sind grundsätzlich antidemokratisch. Echte Demokratie ist der politische Ausdruck eines Menschenbilds, das seinen Schwerpunkt in mystischer Spiritualität verankert. Die Einführung von Demokratie geht mit der Entmachtung der politischen Religionen Hand in Hand.

Ohne daß das Vakuum durch echte Religiosität gefüllt wird, hat Demokratie keinen Bestand. Eine Kultur, die das Absolute zu Gunsten des Vorläufigen aus den Augen verliert, steuert unweigerlich auf ihren Untergang zu. Es gibt nur eine demokratische Grundregel, die das Wesen der Volksherrschaft ausdrückt, die lautet:

Der Zugang zur Neubestimmung aller übrigen Rechtsordnungen ist dem Volk offen zu halten.

Gemeinschaft der Menschen

Im November 2017

<http://zds-dzfmr.de/>